



**Bundesverband Produktion
Film und Fernsehen e.V.**

BvP, Ernst-Augustin-Str.5, 12489 Berlin

An
Die Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder
Ministerpräsidentin Malu Dreyer

14.01.2022

STELLUNGNAHME ZUM ENTWURF DES NEUEN MEDIENSTAATSVERTRAG

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Bundesverband Produktion Film und Fernsehen e.V. bedanke ich mich für die Möglichkeit für alle Bürger, sich zum Entwurfspapier zum neuen Medienstaatsvertrag äußern zu können.

Unser Verband vertritt die Interessen der sogenannten Produktionsberufe in der freien Filmproduktionswirtschaft: Von der Herstellungsleitung über die Aufnahmeleitung bis hin zu Produktionsfahrern.

Die freie Filmproduktionslandschaft in Deutschland und darüber hinaus ist derzeit von einem Personal- und Fachkräftemangel betroffen, welcher die gesamte Personalstruktur ergriffen hat, und sich zu einem echten Markthemmnis entwickelt. Gleichzeitig mangelt es im Kultursektor Film und Medien an geregelten Qualifikationswegen, und somit einem Grundpfeiler eines nachhaltigen Personalmanagements für die Rund 80% projektbefristet beschäftigten hochspezialisierten Filmschaffenden. Dies führt zu einem zunehmenden systemischen Nachteil im Wettbewerb um den Nachwuchs und Quereinsteiger. Diese Ferne von der Berufs- und Erwachsenenbildung ist Kennzeichen des Präkariats unseres und weiterer Kultursektoren, und lässt mittelfristig keine positive Entwicklung erwarten, wenn nicht zeitnah die jeweiligen Branchenakteure - einschließlich der auftraggebenden Sender - in einem Kraftakt den Anschluss an die Standards der Berufsbildung in Deutschland und Europa suchen und finden.

Übertragen auf die freie Filmbranche Deutschlands erfordert diese Situation auch ein Engagement der öffentlich-rechtlichen Sender, weil sie in Summe unverändert der Hauptauftraggeber der freien Produktionswirtschaft im audiovisuellen Bereich sind. Darüber hinaus sind verschiedene Sender über ihre Tochterfirmen mit rund einem Drittel des Medienproduktionsvolumens gleichzeitig auch Nutznießer und Akteure in der freien Produktionswirtschaft selbst.

Während die Sender ihre eigenen Spezialisten seit langem selbst ausbilden und laufend qualifizieren, stehen der freien Produktionsbranche lediglich Hochschulangebote für die wichtigsten kreativen und produzentischen Führungspositionen zur Verfügung, und daneben nur ein inhaltlich stark begrenzter weitgehend privatwirtschaftlich organisierter Weiterbildungssektor mit Fokus auf Aspekte der beruflichen Spezialisierung.

Ernst-Augustin-Str.5, 12489 Berlin
E-Mail: info@bv-produktion.de
Ruf: 030 - 364 283 202
Fax: 030 - 364 283 203

**Bundesverband Produktion
Film und Fernsehen e. V.**

Vereinsreg. Berlin, VR 32793 B

Vorstand: Nico Leonhardt, Sebastian Neitsch, Bernhard Speck, Caren Wiederhold

Commerzbank München
IBAN: DE86 7004 0041 0470 6669 00
BIC: COBADEFFXXX
FAfK I, Bln, StNr. 27/620/61233



**Bundesverband Produktion
Film und Fernsehen e.V.**

Weiter gefasste grundlegende branchenspezifische Ausbildungen und Qualifizierungen im Kanon der staatlich anerkannten Berufsausbildungen sucht man jedoch vergebens.

Erste Signale der Sender zeigten uns, dass diese durchaus bereit sind, eine angestrebte "Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung Film" beratend zu unterstützen, sich jedoch - mit Verweis auf den *Senderauftrag* - nicht darüber hinaus zu engagieren.

Aus unserer Sicht ist dies angesichts der oben geschilderten mehr als innigen Verbindung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit der freien Filmproduktionswirtschaft einerseits, und der Verantwortung der Sender für diesen seinerzeit von ihnen selbst maßgeblich mitbegründeten freien Kultursektor Film andererseits nur schwer nachzuvollziehen.

Die Verankerung von Nachhaltigkeit in den Kanon der Verwendung öffentlicher Gelder im Sinne eines Gleichklangs von unternehmerischer Nachhaltigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Nachhaltigkeit darf sich im Bereich HR nicht mit der Forderung und Förderung der Einhaltung von Vergütungs-Mindeststandards erschöpfen. Die Stärkung von Bildungs- und Erwerbsperspektiven auf dem Niveau der bundesdeutschen Berufsbildungsstandards auch für die Kulturwirtschaft - und hier der Filmkultur - muss ihren Niederschlag in der Kultur- und Medienpolitik der Länder und entsprechender Gremien finden, um der Erosion und fortschreitenden Prekarisierung und, zugespitzt formuliert, der "Bildungsferne" von Kulturarbeit wirksam zu begegnen.

Die Impulse für diesen Prozess müssen ohne Zweifel aus der Filmwirtschaft selbst kommen. Doch angesichts des Umfangs und der Dringlichkeit des Problems ist jede strukturelle Stärkung und Unterstützung einer nachhaltigen Transformation der Kulturwirtschaft imperativ. Das Engagement des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist und bleibt - eben nicht nur als Projekt-Auftraggeber - gefragt und muss strukturell ermöglicht werden.

Der im Gegenteil zu beobachtende Rückzug der Sender beispielhaft aus der Kino-Kofinanzierung oder aus der operativen Beteiligung an unvermeidbaren Anschubkosten einer nachhaltigen Transformation der freien Filmproduktion muss gestoppt werden.

Und zuletzt eine dringende Bitte:

Die verschiedenen Verbände, Berufsverbände und engagierten Initiativen der freien Filmproduktion leben vom ehrenamtlichen Engagement ihrer Akteure. Ihre Ressourcen und ihre Reichweite sind daher naturgemäß teils sehr begrenzt. Aus diesem Grunde plädieren wir dringend für eine Verlängerung des Anhörungszeitraums zum vorliegenden Entwurf des neuen Medienstaatsvertrags über den 14. Januar 2022 hinaus, um weiteren Akteuren die Gelegenheit zu fundierten Stellungnahmen zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Neitsch

(Mitglied des Vorstands)